



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2022/1453

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

30.03.2022

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Haupt- und Personalausschuss	04.04.2022	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	04.04.2022	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Einrichtung von zwei Vollzeitstellen im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 29.03.2022 zum Antrag Nr. 2022/1379

Anlage/n:

1453 - Antrag

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

FRAKTION LEVERKUSEN

Friedrich-Ebert-Straße 96
51373 Leverkusen
Telefon: 02 14 / 406-87 20

info@cdufraktion-lev.de
<http://cdufraktion-lev.de>

Unser Zeichen: mdp / sth

Leverkusen, 29. März 2022

Änderungsantrag zu den Änderungsanträgen der BÜRGERLISTE ~~2022/1388 und~~ 2022/1379

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte nehmen Sie nachfolgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

Stellenausweitung im Fachbereich Kinder und Jugend in dem Bereich des Pflegekinderdienstes auf Grund des aktuellen Kriegsgeschehens in der Ukraine und der damit Verbundenen Fluchtbewegung; Änderungsantrag zum Änderungsantrag der Bürgerliste 2022/1388 und 2022/1379

Im Fachbereich Kinder und Jugend werden je drei zusätzliche Vollzeitstellen unbefristet im Pflegekinderdienst und im ASD eingerichtet. Die Stellen sollen zusätzlich zu den durch den Fachbereich Kinder und Jugend avisierten Stellen (2,5 VZ Pflegekinderdienst, Stellungnahme der Verwaltung vom 03.03.2022 zum Antrag Nr. 2022/1388), die derzeit durch den Fachbereich 11 geprüft werden, eingerichtet werden.

Begründung

Mit einer wachsenden Anzahl von Menschen auf der Flucht vor den schrecklichen Ereignissen in der Ukraine. Nach Angaben von UNICEF sind ca. die Hälfte der geflüchteten Menschen Kinder. Dies ist die größte Fluchtbewegung innerhalb Europas seit dem 2. Weltkrieg.


Neben den weitreichenden Veränderungen durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, dem Adoptionsgesetz sowie der bevorstehenden Verabschiedung des Landeskinderschutzgesetzes, was aller Voraussicht nach noch im Mai diesen Jahres in Kraft treten soll, steht der Fachbereich Kinder und Jugend vor einer weiteren großen Herausforderung im Zusammenhang mit der Hilfestellung für geflüchtete Kinder, Jugendliche und deren Familien. In diesem Zusammenhang müssen Kinder und Jugendliche durch den öffentlichen Jugendhilfeträger in Obhut genommen werden, Pflegestellen für unbegleitete Kinder und Jugendliche müssen geschaffen und geprüft werden und es muss psychische und pädagogische Hilfe geleistet werden. Die Dauer der benötigten zusätzlichen Hilfen und damit der benötigten zusätzlichen Personalressourcen ist zum jetzigen Zeitpunkt, genauso wie die Dauer des Kriegsgeschehens und dessen Folgen, nicht absehbar.

Aus diesen Gründen sollen im Fachbereich Kinder und Jugend drei zusätzliche Vollzeitstellen unbefristet im Pflegekinderdienst eingerichtet werden. Die Stellen sollen zusätzlich zu den durch den Fachbereich Kinder und Jugend avisierten Stellen (2,5 VZ Pflegekinderdienst, Stellungnahme der Verwaltung vom 03.03.2022 zum Antrag Nr. 2022/1388), die derzeit durch den Fachbereich 11 geprüft werden, eingerichtet werden.

Mit Blick in die Zukunft und nach Abklingen der aktuellen Krise, können diese Mitarbeitenden dann Aufgaben aus dem Kinder und Jugendstärkungsgesetz und dem Adoptionsgesetz sowie dem Landeskinderschutzgesetz übernehmen, die mit der bisherigen Anzahl der Mitarbeitenden mit Blick in die Zukunft und mit Blick auf die derzeitige große Fluktuation im Bereich der Hilfen zur Erziehung nicht zu bewältigen sind.

Hinsichtlich der zusätzlichen Stellen im ASD verweisen wir auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 07.03.2022.

Mit freundlichen Grüßen


Stefan Hebbel
(Fraktionsvorsitzender)

gez.

Paloma Krassa
(sachkundige Bürgerin)